



Die große Umfairteilung

Umverteilung. Ob der deutsche Sozialstaat funktioniert, ist umstritten. Die Zahlen aber sprechen eine klare Sprache: Wer viel verdient, muss viel Steuern und Sozialabgaben zahlen, wer wenig hat, bekommt aus diesen Töpfen Unterstützung. Mit einem neuen, interaktiven Online-Tool des IW kann jeder selbst herausfinden, wie viele Abgaben er 2019 gezahlt und wie viele Transferleistungen er bekommen hat. —> [Seiten 2-5](#)

Landwirtschaft

Die Deutschen kaufen mehr Bio, viele Bauern stellen auf Ökolandbau um. Vor welche Herausforderungen dies die EU-Agrarpolitik stellt, sagt FDP-Politiker Volker Wissing.

—> [Seiten 6-10](#)

Flexible Beschäftigung

Befristete Jobs und Zeitarbeit verdrängen keine regulären Arbeitsplätze in Deutschland. Eine strengere Regulierung der flexiblen Erwerbsformen wäre kontraproduktiv.

—> [Seite 11](#)

Weitere Themen +++ Menschen mit Behinderung +++ Zuwanderung +++

Top-Liste: Containerhäfen +++ Neu auf iwd.de: China

Wer hat, dem wird genommen

Umverteilung. Ob im Steuersystem, bei der Kranken- und Rentenversicherung oder durch Sozialabgaben sowie -transfers: In Deutschland wird massiv umverteilt. Das gelingt deutlich besser, als es die öffentliche Diskussion häufig vermuten lässt. Denn das Leistungsprinzip funktioniert – wer viel verdient, muss viel abgeben, und wer wenig hat, bekommt Unterstützung. Nur zwei Aspekte könnten noch besser sein, zeigt eine neue Analyse des IW.

Manchmal kann der nüchterne Blick auf die Zahlen eine hitzige Debatte versachlichen. Das gilt auch

für all die Diskussionen über den deutschen Sozialstaat und seine vermeintlichen Ungerechtigkeiten, die manche mit einer neuen Vermögensteuer oder einem höheren Spitzensteuersatz bekämpfen wollen. Das IW zeigt in einer neuen Studie jetzt, dass entsprechender Aktionismus gar nicht nötig ist. Denn die Umverteilung von Reich zu Arm funktioniert (Grafik Seite 3):

Im Jahr 2019 zahlten die einkommensreichsten 10 Prozent der Haushalte in Deutschland durchschnittlich über 47.600 Euro mehr an Steuern und Sozialabgaben, als sie aus dem Transfersystem erhielten.

Beim obersten Prozent waren es sogar mehr als 118.000 Euro.

Nahezu mustergültig ist die Stelle im Einkommensgefüge, an der aus Nettoempfängern Nettozahler werden. Um diesen Punkt zu bestimmen, hat das IW die Haushaltseinkommen ihrer Höhe nach gereiht und die Haushalte in zehn gleich große Gruppen – Dezile – aufgeteilt:

Die Haushalte im fünften Dezil erhalten jährlich per saldo noch fast 500 Euro vom Staat und den Sozialversicherungen. Im sechsten Zehntel müssen sie dann schon auf fast 3.000 Euro ihres Bruttoeinkommens zum Wohl der Allgemeinheit verzichten.

Einzig am unteren Ende der Einkommensskala scheint das System nicht perfekt – denn nicht im ersten, sondern erst im zweiten und dritten

Wer wie viel vom Staat bekommt

Durchschnittlicher Anteil dieser staatlichen Transfers im Jahr 2019 am jeweiligen Bruttoeinkommen in Prozent

	Insgesamt	Darunter: gesetzliche Renten	Pensionen	ALG II und Grundsicherung	Kindergeld
Untere 5 Prozent	66,5	18,1	0,0	26,4	12,2
1. Dezil	66,5	24,2	0,0	25,5	9,2
2. Dezil	61,7	41,3	0,3	10,7	4,6
3. Dezil	53,8	42,7	0,5	4,3	3,2
4. Dezil	47,8	37,2	2,2	2,2	2,6
5. Dezil	34,8	24,8	3,9	1,3	2,4
6. Dezil	28,4	18,5	4,6	0,7	2,1
7. Dezil	19,0	11,3	4,2	0,2	1,9
8. Dezil	13,5	6,8	3,9	0,2	1,4
9. Dezil	11,9	4,1	5,8	0,1	1,1
10. Dezil	5,1	1,6	2,6	0,0	0,6
Obere 5 Prozent	3,4	1,1	1,6	0,1	0,4
Oberes 1 Prozent	1,0	0,4	0,2	0,0	0,3
Insgesamt	22,9	14,1	3,4	1,8	1,9

Umverteilung: Wie sie wirkt

Steuern und Sozialabgaben sowie erhaltene Zahlungen in Euro je Haushalt im Jahr 2019. Ein negativer Wert bedeutet, dass der entsprechende Haushalt in der Summe weniger an den Staat und die Sozialsysteme gezahlt als von ihnen bekommen hat.

	Steuern	Sozialbeiträge	Steuern und Sozialbeiträge insgesamt	Monetäre Transfers insgesamt	Saldo aus Abgaben und Transfers
Untere 5 Prozent	2.369	917	3.286	6.632	-3.346
1. Dezil	2.810	1.237	4.047	8.467	-4.420
2. Dezil	4.007	2.164	6.171	12.616	-6.446
3. Dezil	5.221	3.147	8.368	14.615	-6.247
4. Dezil	6.543	4.020	10.562	15.728	-5.166
5. Dezil	8.377	4.998	13.375	13.853	-478
6. Dezil	10.545	5.862	16.408	13.548	2.860
7. Dezil	13.653	7.057	20.710	10.914	9.796
8. Dezil	16.763	8.189	24.952	9.016	15.936
9. Dezil	22.417	9.263	31.680	9.791	21.889
10. Dezil	44.928	9.754	54.683	7.059	47.624
Obere 5 Prozent	58.346	9.307	67.653	5.929	61.723
Oberes 1 Prozent	113.738	7.729	121.467	3.279	118.188
Insgesamt	13.010	5.388	18.398	11.660	6.738

Dezile: Alle deutschen Haushalte wurden nach ihrem sogenannten Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommen (OECD-Skala) sortiert und in zehn gleich große Gruppen vom niedrigsten bis zum höchsten Einkommen aufgeteilt

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Einkommenszehntel bekommen die Haushalte den größten Batzen vom Staat: jeweils über 6.000 Euro. Das hat allerdings den einfachen Grund, dass sich im zweiten und dritten Einkommenszehntel besonders viele Rentner befinden. Und deren Einkommen stammt eben auch aus dem Sozialsystem.

Einen vergleichbaren Effekt gibt es bei Pensionen (Grafik Seite 2):

Die meisten Pensionszahlungen leistet der Staat an Haushalte im neunten Dezil. Die Pensionen machen in diesem Zehntel fast 50 Prozent der monetären staatlichen Transfers aus.

Ein weiterer Grund dafür, dass nicht die niedrigsten Einkommen den besten Schnitt aus Abgaben und Transfers haben, liefert das deutsche

Steuersystem: Zwar sind einige Steuersätze wie die der Einkommensteuer progressiv, steigen also mit dem Einkommen an, doch andere Steuern und Abgaben sind ein fixer Prozentsatz.

Gleichzeitig ist der Anteil der Konsumausgaben am Einkommen bei den Beziehern niedriger Einkommen am höchsten. Das macht sich beispielsweise bei der Mehrwertsteuer bemerkbar:

Im Jahr 2019 zahlten die einkommensärmsten 10 Prozent der Bevölkerung 14 Prozent ihres Einkommens an Mehrwertsteuer; im achten Einkommensdezil war der Anteil nur noch halb so hoch.

Allerdings weist das IW in seiner Studie darauf hin, dass gerade die Mehrwertsteuer, aber beispielsweise

auch die EEG-Umlage, bei der Berechnung staatlicher Transfers berücksichtigt werden. Letztlich zahlt der Staat diese Beträge für einkommensschwache Haushalte also über seine Sozialtransfers.

Auch bei den Steuern auf Alkohol, Tabak und Wettspiele zahlen die Einkommensärmsten mit mehr als 2 Prozent ihrer Einkommen den mit Abstand größten Anteil. Daraus einen Skandal zu machen, wäre aber die falsche Perspektive: Diese Abgaben sind allesamt als sogenannte Lenkungssteuern konzipiert – der Fiskus macht bestimmte Produkte bewusst teurer und unattraktiver, um so deren Konsum einzuschränken.

Fortsetzung

An anderer Stelle, so die Studie des IW, könnten vermeintliche Probleme des Umverteilungssystems indes einfach gelöst werden: In vielen Fällen nehmen einkommensarme Haushalte, die das Recht auf staatliche Unterstützung hätten, diese nicht an – zum Beispiel das Wohngeld. Dadurch verteilt der Staat weniger um, als es das System vorsieht. Durch mehr Transparenz und eine effizientere Verwaltung könnte das Leistungsprinzip im deutschen Sozialstaat noch besser funktionieren.

Unterm Strich zeigt die Analyse der verfügbaren Daten, dass diese beiden Aspekte die Leistungsfähigkeit des Umverteilungssystems kaum einschränken:

Der Anteil staatlicher Transfers machte beim ärmsten Zehntel zwei Drittel des Bruttoeinkommens aus, beim einkommensreichsten nur noch 5 Prozent.

Gleichzeitig steigt die prozentuale Belastung der Bruttoeinkommen durch Steuern und Sozialbeiträge mit dem Einkommen – allerdings nicht so stark, wie mancher vermutet oder hofft:

Steuern und Sozialabgaben belasten die Bruttoeinkommen des zweiten Dezils mit rund 30 Prozent. Das oberste Dezil wird mit mehr als 39 Prozent belastet.

Durch die bereits geschilderte Problematik der regressiv wirkenden Mehrwertsteuer liegt die Belastung im untersten Einkommenszehntel mit knapp 32 Prozent etwas höher.

Generell zeigt die IW-Auswertung aber, dass sich in den oberen Dezilen die progressive Einkommensteuer durchaus bemerkbar macht:

Die Gesamtsteuerbelastung der deutschen Haushalte steigt von knapp 20 Prozent im zweiten Dezil auf 32 Prozent im zehnten Dezil.

Die Sozialbeiträge legen analog dazu ebenfalls zu – aber nur bis auf knapp 13 Prozent im fünften Einkommensdezil. Danach machen sich die Beitragsbemessungsgrenzen in der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung bemerkbar – also jene Bruttoeinkommen, ab denen keine zusätzlichen Beiträge an die Versicherungen mehr fällig werden.

In der Kranken- und Pflegeversicherung liegt diese Grenze bei rund 56.000 Euro jährlich, in der Renten-

versicherung deutlich darüber: Im „günstigsten“ Fall bei 77.400 Euro – und zwar in der allgemeinen Rentenversicherung im Osten Deutschlands.

In den höheren Dezilen wirkt dann außerdem die Versicherungspflichtgrenze der Krankenversicherung: Ab einem bestimmten Einkommen, derzeit sind es knapp 63.000 Euro pro Jahr, muss man sich nicht länger gesetzlich krankenversichern.

Die private Vorsorge jenseits der Versicherungspflichtgrenze wird in der Abgabenstatistik indes nicht erfasst. Folglich wird die tatsächliche Belastung reicherer Haushalte für Versicherungen unterschätzt – sie liegt zusammen mit den Zahlungen an die private Krankenversicherung sicherlich höher.

Gleiches gilt für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung der Selbstständigen. Denn die haben ebenfalls keine Versicherungspflicht, sorgen aber auch privat vor.

IW-Report 6/2020

Martin Beznoska: Die Verteilung von Steuern, Sozialabgaben und Transfereinkommen der privaten Haushalte
iwkoeln.de/leistungsprinzip

Online-Tool: „Wer den Staat finanziert“

Das IW hat zusammen mit seiner neuen Umverteilungsstudie ein interaktives Tool veröffentlicht. Mit ihm kann jeder Nutzer herausfinden, wo er mit seiner Familie im deutschlandweiten Verteilungsranking steht: Nach Angaben zum Haushaltseinkommen und der Familienkonstellation verrät das Tool, wie viel Prozent der deutschen Haushalte mehr und wie viele weniger verdienen. Man erfährt außerdem, wie viele Abgaben man 2019 gezahlt und wie viele Transfers man bekommen hat – wahlweise in Euro oder in Prozent des Einkommens.



Interaktive Grafik:
iwkoeln.de/verteilungsstroeme

Funktioniert das Umverteilungssystem?

Pro und Kontra. Steuer- und Transfersysteme verteilen in Deutschland viel Geld um – aber sind die Ergebnisse zufriedenstellend?



„Ja“,



sagt **Martin Beznoska**, Senior Economist für Steuerpolitik im Institut der deutschen Wirtschaft

Die Ergebnisse unserer Verteilungsanalyse zeigen, dass unter Berücksichtigung sämtlicher Steuern, Sozialabgaben und staatlicher Transfers das Prinzip der Leistungsfähigkeit funktioniert. Die Haushalte in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung zum Beispiel erhalten im Schnitt deutlich mehr vom Staat, als sie an diesen abführen.

Auf der einen Seite spielen dafür vor allem bedarfsgeprüfte Sozialtransfers wie das Arbeitslosengeld II, das Wohngeld und die Grundrente eine zentrale Rolle. Auf der anderen Seite bleibt die Belastungswirkung des Steuersystems bis ins oberste Prozent der Einkommensverteilung progressiv. Das gilt vor allem für die Einkommensteuer, deren Steuersatz mit der Höhe des Einkommens steigt.

Zwar belasten indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer geringere Einkommen relativ stärker, doch bei den Empfängern von Sozialleistungen übernimmt diese Abgaben größtenteils ohnehin der Staat, indem er seine Transfers entsprechend anpasst. Verbesserungswürdig ist jedoch die Tatsache, dass die Haushalte im unteren Bereich der Einkommensverteilung nicht immer ihre Ansprüche, zum Beispiel auf Wohngeld, geltend machen. Bürokratieabbau und eine effizientere Verwaltung könnten helfen, die Inanspruchnahme zu erhöhen.

Es gibt also keine Anhaltspunkte dafür, dass die Umverteilungswirkung des bestehenden Steuer- und Transfersystems zu gering ist.



„Nein“,



sagt **Joachim Rock**, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen Gesamtverband

Der Sozialstaat verteilt viel, aber er verteilt viel zu wenig um. Menschen in Armut sind über die regressiv wirkenden indirekten Steuern überproportional belastet. Selbst Geringverdienende sind voll abgabenpflichtig, während hohe Einkommen nur bis zur Bemessungsgrenze verbeitragt werden.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende und ihre Familien betrifft derzeit sechs Millionen Menschen, darunter zwei Millionen Kinder, aber sie macht weniger als 5 Prozent des Sozialbudgets aus. Zudem nehmen zwischen 40 und 60 Prozent der Berechtigten ihre Ansprüche auf Grundsicherung aus Unwissenheit oder Scham nicht wahr und tauchen nicht in den Statistiken auf.

Auch die Lohnentwicklung fördert die Ungleichheit: Zwischen 1991 und 2016 wuchsen die Einkommen des einkommensstärksten Zehntels real um 35 Prozent, die des ärmsten Zehntels sanken um 8 Prozent. Nicht nur Personen, ganze Regionen sind von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt. Die soziale Infrastruktur für Erziehung, Versorgung und Pflege wird dem Bedarf vielerorts nicht mehr gerecht. Diese Entwicklungen spiegelt die Statistik wider: 15,5 Prozent der Bevölkerung gelten als arm, darunter jedes fünfte Kind. Bei den Älteren steigt die Armut rasant, die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden unter ihnen hat sich in den vergangenen 15 Jahren mehr als verdoppelt und wächst weiter.

Der soziale Zusammenhalt erodiert, mit Folgen für die Demokratie. Höchste Zeit, um in mehr Gleichheit zu investieren!

Der Biomarkt boomt

Landwirtschaft. Der Trend zu Bioprodukten ist ungebrochen: Wie schon in den Vorjahren greifen immer mehr Deutsche zu Ökolebensmitteln. Das kommt auch bei den Bauern an – im Schnitt stellten 2019 jeden Tag fünf Landwirte auf Bio um. Trotzdem entwickelt sich die Ökolandwirtschaft nicht schnell genug.

Die Zeiten, in denen Bio nur belächelt wurde, sind vorbei. Bioprodukte werden längst nicht mehr nur in Reformhäusern und Naturkostläden verkauft, sondern gehören mittlerweile in jedes Supermarktsortiment. Denn die Deutschen sind bereit, immer mehr Geld für Ökoqualität springen zu lassen (Grafik):

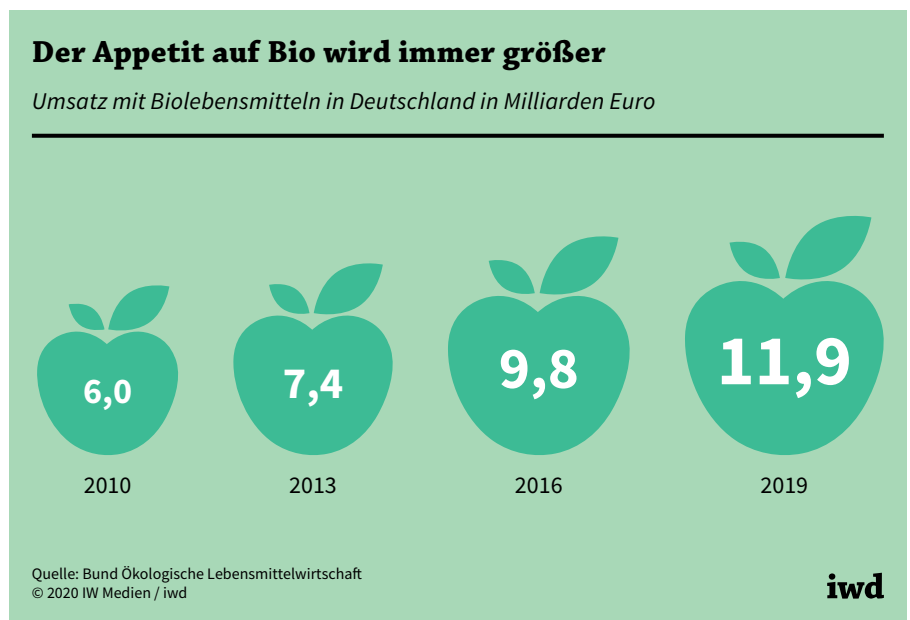
Im Jahr 2019 wurden mit ökologisch erzeugten Lebensmitteln in Deutschland fast 12 Milliarden Euro umgesetzt – annähernd 10 Prozent mehr als 2018.

Mit Blick auf den geringen Anteil der Ökowaren am Lebensmittelmarkt, ungefähr 5 Prozent, ist das noch nicht viel. Doch einzelne Produkte konnten 2019 bereits hohe Umsatzanteile erreichen, zum Beispiel Biomehl mit 26 Prozent, Bioeier mit 23 Prozent und Biomilch mit gut 14 Prozent.

Weil die Lust auf Bioware bei den Verbrauchern ungebremst ist, satteln auch immer mehr Bauern auf ökologische Landwirtschaft um (Grafik Seite 7):

Im Jahr 2019 stellten durchschnittlich jeden Tag fünf Bauern ihren Betrieb auf Bio um.

Doch auch wenn der Hunger der Bundesbürger auf Bioerzeugnisse für einen kontinuierlichen Zuwachs an



entsprechenden Höfen sorgt, ist die Zahl der Agrarbetriebe in Deutschland insgesamt stark rückläufig:

Seit 2005 musste in Deutschland im Durchschnitt jede Stunde ein landwirtschaftlicher Betrieb seine Tore für immer schließen.

Dabei handelt es sich oft um kleinere Betriebe. So ist beispielsweise die Zahl der konventionellen Schweinebauern zwischen 2010 und 2019 um mehr als ein Drittel gesunken. Gleichzeitig blieb aber der Bestand an Schweinen nahezu konstant: Denn im selben Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Großbetrie-

be mit 5.000 oder mehr Tieren um zwei Drittel.

Auch die ökologische Fläche ist trotz des Biobooms immer noch überschaubar: Im Jahr 2019 machte sie in Deutschland nur rund 10 Prozent der gesamten Landwirtschaftsfläche aus.

Dass kleine und ökologische Betriebe es schwer haben, liegt auch an der Ausrichtung der EU-Agrarpolitik. Jedes Jahr fließen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) annähernd 60 Milliarden Euro aus Brüssel in die europäische Landwirtschaft. Davon erhalten die Bauern in



Bis 2030 sollen **20 Prozent** der deutschen Landwirtschaftsflächen auf Bio umgestellt werden – damit müsste sich die ökologische Anbaufläche in den nächsten zehn Jahren verdoppeln

der Bundesrepublik rund 6,2 Milliarden Euro. Die Zahlungen aus dem Agrarhaushalt sollen vor allem die Existenz der europäischen Landwirte sichern. Dieses Argument wird allerdings zunehmend infrage gestellt. Denn keine andere Branche wird in der EU so üppig subventioniert. So sollen laut dem Vorschlag der EU-Kommission zwischen 2021 und 2027 rund 380 Milliarden Euro in den Agrarsektor fließen. Zum Vergleich: Für Binnenmarkt, Innovationen und Digitales sind lediglich 187 Milliarden Euro angesetzt.

Hinzu kommt die Kritik am Verteilungssystem. Die Subventionen, so der Vorwurf, werden nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet: Wer viel Land bewirtschaftet, bekommt viel Geld. Wegen der unterschiedlich großen Betriebe in den EU-Mitgliedsländern gehen deshalb etwa 80 Prozent der Gelder an nur 20 Prozent der Landwirte.

In der aktuellen Debatte um die nächste siebenjährige Förderperiode der GAP ab 2021 ist die Flächenprämie neben der Höhe des Agrarhaushalts einer der Hauptstreitpunkte.

Dazu kommt der Wunsch nach mehr Klimaschutz. Betriebe, die das meiste aus ihren Flächen herausholen müssen, um zu überleben, sind auf Düngemittel und Pestizide angewiesen. Zwar haben die EU-Mitgliedsstaaten den Klimaschutz bereits 2013 in der GAP verankert. Dennoch gibt es bei der Förderung von Klimaschutzmaßnahmen große Unterschiede zwischen den EU-Staa-

ten – und ein konkretes Ziel zur Senkung der Landwirtschaftsemissionen wurde nicht formuliert. Dabei ist der Agrarsektor mit 10 Prozent nach der Energieerzeugung und dem Verkehr der drittgrößte CO₂-Verursacher in der Staatengemeinschaft.

In Brüssel wird daher auch diskutiert, die Direktzahlungen stärker an die Einhaltung von Umwelt- und Klimavorschriften zu binden. Dies würde auch den kleineren Betrieben zugutekommen, weil sie die Auflagen meist besser erfüllen können als große, industrielle Unternehmen.

Da der Stellenwert einer nachhaltigeren Landwirtschaft insgesamt wächst, müsste auch der ökologische Landbau stärker gefördert werden. Denn obwohl der Biolandbau in der EU schon an Bedeutung gewonnen

hat, kann die steigende Nachfrage nach Biolebensmitteln nicht aus der europäischen Produktion gestillt werden. Somit wird ein großer Teil der Ökoprodukte importiert. Dies gilt auch für Deutschland. In den vergangenen Jahren legten die heimischen ökologischen Anbauflächen durchschnittlich um 4 Prozent pro Jahr zu, der Umsatz mit Biolebensmitteln stieg jährlich aber um fast 9 Prozent.

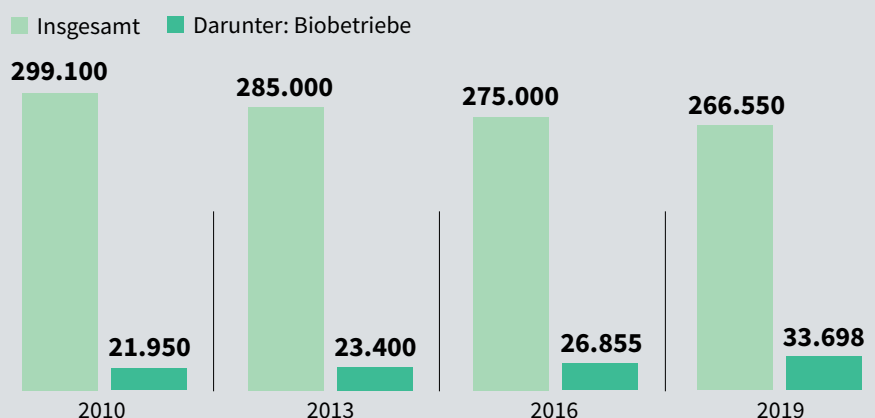
Mit dem Ziel 20 Prozent der deutschen Landwirtschaftsflächen bis 2030 auf Bio umzustellen, hat sich die Bundesregierung also einiges vorgenommen:

Die ökologische Anbaufläche müsste sich in den nächsten zehn Jahren verdoppeln.

Ohne eine neue Weichenstellung in der EU-Agrarpolitik wird dieses Ziel jedoch schwer umzusetzen sein.

Mehr Bauern satteln auf Öko um

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland



Quellen: Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, Statistisches Bundesamt
© 2020 IW Medien / iwd

„Wenn wir in der Landwirtschaft Subventionen kürzen, gefährdet das den Freihandel“



Interview. Der FDP-Politiker **Volker Wissing** ist rheinland-pfälzischer Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau – ein bundesweit einmaliger Ressortzuschnitt. Ungewöhnlich für einen Liberalen ist auch seine Forderung, die Landwirtschaft finanziell dauerhaft zu subventionieren.

Sie sind FDP-Politiker, seit annähernd vier Jahren Landwirtschaftsminister in Rheinland-Pfalz und sprechen sich ganz klar für dauerhafte Agrarsubventionen aus. Wie passt das zusammen?

Die Landwirtschaft braucht Unterstützung, denn allein kann sie dem internationalen Wettbewerbsdruck nicht standhalten. Die Unterstützung sollte vor allem darauf abzielen, dass die Erzeugerpreise steigen. Auch zusätzliche Aufgaben, die wir von den Landwirten einfordern, zum Beispiel Kulturlandschaftspflege und Agrarumweltmaßnahmen, müssen wir entsprechend vergüten. Denn wir können nicht erwarten, dass die Landwirtschaft kostenlos für die Allgemeinheit tätig wird, also mehr investiert, aber auf den Mehrkosten sitzen bleibt.

Wie vermitteln Sie das den Industriebetrieben, die Sie in Rheinland-Pfalz ja auch vertreten?

Als Wirtschaftsminister sehe ich Subventionen grundsätzlich kritisch. Es ist gut, wenn der Staat sich so weit wie möglich aus dem Markt heraushält. Und damit sind wir wieder beim Kernproblem: Kann man sich bei der Landwirtschaft wirklich raushalten? Wenn wir in unseren Parlamenten dauerhaft eine Mehrheit sichern

wollen für industrie- und handelspolitische Notwendigkeiten, dann müssen wir auch die Menschen im ländlichen Raum mitnehmen. Und wenn die Menschen in der Landwirtschaft keine Perspektive haben, dann werden sie keine Bereitschaft entwickeln, sich für internationalen Freihandel einzusetzen.

Großbritannien ist ein gutes Beispiel für diesen Zusammenhang: Der Brexit wurde auf dem Land herbeigeseht, nicht in der Londoner City oder in den Industriezentren. Und deswegen müssen wir darauf achten, dass die ländlichen Räume nicht abgehängt werden.

Die Zahl der Bauern in der EU sinkt aber trotz der gemeinsamen Agrarpolitik seit Jahrzehnten dramatisch, so ganz funktioniert das Modell also nicht.

Die Zahl der Bauern hat abgenommen und der Strukturwandel ist enorm – aber auch der Druck. Die Frage ist jetzt, ob man durch eine Kürzung der Agrarmittel den Druck auf den ländlichen Raum weiter erhöht und den Strukturwandel weiter rapide beschleunigt – oder ob man dafür sorgt, dass er sanfter vonstattengeht und auch neue Perspektiven entstehen, beispielsweise durch die Förderung neuer Technologien wie Smart Farming oder Digital Farming.



Foto: IW-Medien

Im Übrigen würden in einem zweiten Schritt auch die erfolgreichen Industrieunternehmen und die wirtschaftlich starken Regionen, die am Export hängen, von einer Kürzung des EU-Agrarhaushalts getroffen. Denn wenn der ländliche Raum keine neuen Freihandelsabkommen unterstützt, bedeutet dies mittelfristig auch weniger Umsätze für die exportstarken Industrien.

Warum wollen Sie neue Technologien wie Smart Farming unterstützen? Wir haben doch jetzt schon eine Überproduktion in der Landwirtschaft der Europäischen Union.

Das stimmt, und wir haben auch Bedarf an Extensivierung. Gleichzeitig haben wir aber einen steigenden Bedarf beim Einsatz neuer Technologien, um beispielsweise Umweltstandards einzuhalten und die Rentabilität in der Landwirtschaft zu erhöhen. Denn wenn wir immer weniger Menschen haben, die sich in der Landwirtschaft engagieren, dann brauchen wir trotzdem ein ausreichendes Einkommen für diese Menschen, um überhaupt jemanden für die grünen Berufe zu begeistern.

Wie könnte denn der Einsatz von Smart Farming einem Bauern helfen, der für sein Kalb zurzeit nur 10 Euro bekommt?

Wir haben heute keine Perspektive, Milchviehwirtschaft ohne digitale Technologien zu betreiben. Ohne Melkroboter hätten wir kein Milchvieh, denn heute ist keiner mehr bereit, sieben Tage die Woche das ganze Jahr über zu melken. Außerdem ist die Digitalisierung auch ein Beitrag zu mehr Tierwohl: Ein Melkroboter, der den ganzen Tag bereitsteht, um Kühe zu melken, bedeutet auch, dass die Kühe nicht auf bestimmte Melkzeiten getrimmt werden müssen.

Gleichzeitig brauchen wir eine Strategie in ganz Europa, um die Qualität der Landwirtschaftsproduktion zu steigern und nicht die Quantität. In der Tat sind weniger als 10 Euro für ein Kalb eine Katastrophe und ich glaube, dass wir auch in der Züchtung andere Wege einschlagen müssen – weg von der Massenproduktion, sowohl in der Tier- als auch in der Pflanzenzucht.

Aber auch das geht nur mit staatlicher Unterstützung. Wir haben leider heute schon die Situation, dass Agrarprodukte zum Opfer von internationaler Handelspolitik werden. Ein Beispiel sind die Strafzölle der USA auf

europäischen Wein, die wegen der Airbus-Subventionen verhängt worden sind. Die Leidtragenden sind also nicht die Industrieunternehmen, sondern die Menschen, die im ländlichen Raum Wein anbauen und in die Vereinigten Staaten exportieren. So etwas wird zu Recht als unfair empfunden.

Wohin exportieren die rheinland-pfälzischen Weinbauern?

Wir haben Weinbauern, die bis zu 80 Prozent in die USA liefern; es wird sehr schwer für diese Betriebe, sich neue Märkte zu suchen. Denn Wein ist ein sehr traditionelles Getränk, das über lange Zeit in einen neuen Markt eingeführt werden muss. Länder, in denen deutscher Wein keinen Marktanteil hat, kann man nicht von heute auf morgen erobern.

Müssen denn europäische Bauern und Winzer so stark auf den Export in Drittstaaten setzen?

Das ist genauso nötig oder unnötig wie der Export von Industriegütern in Drittstaaten. Es macht schon Sinn, unseren Wein auch außerhalb der EU zu vertreiben. Schließlich drängen auch ausländische Weine auf unseren Markt. Und die Verbraucher erwarten heutzutage auch, dass sie das ganze Jahr über frische Beeren oder andere saisonale Produkte kaufen können, die in ihrem eigenen Land gerade aufgrund der Jahreszeit nicht verfügbar sind.

Wünschenswert wäre allerdings, Grundnahrungsmittel, die vor Ort produziert werden, auch vor Ort zu konsumieren. Es ist unter Klimaschutzaspekten sinnlos, Kartoffeln von Spanien nach Deutschland zu exportieren und umgekehrt.

Wer im Winter frische Beeren aus Chile oder Südafrika kauft, zahlt auch nicht den wahren Preis.

Das ist das Problem, die Erzeugerpreise sind zu niedrig. Wir müssen uns deshalb überlegen, wie wir es schaffen, angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte zu bekommen. Das ist vor allem im internationalen Handel eine große Herausforderung. In Europa können wir diesbezüglich mithilfe von mehr Markttransparenz schon einiges erreichen. Bei Bioprodukten ist uns das bereits gelungen, da haben wir das EU-Biosiegel mit klaren Kriterien, auf die sich der Verbraucher verlassen kann. In der Fleischerzeugung fehlt uns so etwas noch, hier bräuchten wir dringend eine verbindliche, europaweit einheitliche Kennzeichnung, die dem Verbraucher zeigt: Dieses Fleisch kommt aus Massentierhaltung und dieses nicht.

Blicken wir in die Zukunft. Wie hoch wird der EU-Agrarhaushalt 2030 sein?

Allein durch den Brexit wird der gemeinsame Agrarhaushalt deutlich niedriger ausfallen als heute. Das wird



hart für die Landwirtschaft und es wird den Strukturwandel weiter beschleunigen. Doch das widerspricht den Vorstellungen, die wir von Extensivierung und umweltnaher Landwirtschaft haben. Sollten wir auf EU-Ebene keine ausreichende Finanzierung des Agrarsektors erzielen, müssen wir gegebenenfalls mit nationalen Mitteln weiterhelfen.

Und wie sind die Perspektiven für die biologische Landwirtschaft?

Der ökologische Landbau hat einen zunehmenden Marktanteil, allerdings wächst er sehr langsam. Wir haben umgekehrt in der konventionellen Landwirtschaft durch den Einsatz digitaler Technologien und neuer, moderner Pflanzenschutzmittel eine immer mehr vergleichbare Rückstandsfreiheit wie im ökologischen Landbau. Ich glaube, dass die beiden Anbauarten sich in den nächsten Jahren weiter angleichen werden.

Ist denn das Ziel der Bundesregierung, dass im Jahr 2030 ein Fünftel der landwirtschaftlichen Fläche biologisch bewirtschaftet werden soll, überhaupt erreichbar?

Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Wir haben uns in Rheinland-Pfalz das gleiche Ziel gesetzt und sind auf einem guten Weg: Aktuell werden 10 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in meinem Bundesland von Biobauern bewirtschaftet.



Mehr Regulierung wäre schädlich

Flexible Beschäftigung. Die Betriebe in Deutschland haben zuletzt eher unbefristete Stellen geschaffen und zugleich flexible Beschäftigungsverhältnisse reduziert als umgekehrt. Eine strengere Regulierung der flexiblen Erwerbsformen ist daher nicht nur unnötig, sie könnte sogar Arbeitsplätze kosten.

Das Gerücht hält sich hartnäckig: Die Unternehmen in Deutschland reduzieren aus Kostengründen ihre Kernbelegschaft und stellen stattdessen Mitarbeiter nur befristet ein, heuern Zeitarbeitnehmer an oder setzen auf Werkverträge.

In der Realität aber ist zwar der Anteil der 15- bis 64-Jährigen, die einer sogenannten atypischen Beschäftigung nachgehen, zwischen 2005 und 2018 von 12,4 auf 13,9 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung gestiegen. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch der Anteil der Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen von 40,2 auf 48,6 Prozent.

Dass die vermeintlich prekären Jobs reguläre Arbeitsplätze nicht

verdrängen, sondern ergänzen, zeigen auch die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erhobenen repräsentativen Daten von 16.000 Betrieben (Grafik):

Nur rund 9 Prozent der Betriebe in Deutschland haben von 2012 bis 2017 die Zahl ihrer flexiblen Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet, ohne mehr unbefristete Mitarbeiter zu beschäftigen.

Dagegen haben fast 37 Prozent der Betriebe ihre Kernbelegschaft aufgestockt und zugleich die Zahl der flexibel beschäftigten Arbeitskräfte reduziert oder konstant gehalten.

Grundsätzlich greifen die Firmen vor allem dann verstärkt auf Befristungen, Zeitarbeit und Werkverträge

zurück, wenn die Geschäftsperspektiven besonders unsicher sind.

Vor diesem Hintergrund sind die Absichten der Bundesregierung, befristete Jobs stärker zu regulieren, kontraproduktiv. Denn für die Betriebe würde es daraufhin mühsamer, personalpolitisch flexibel auf Konjunkturschwankungen zu reagieren. Vermutlich würden die Unternehmen dann generell weniger Arbeitskräfte nachfragen – was vor allem Berufsanfänger und Wiedereinsteiger hart treffen könnte.

Aus IW-Trends 1/2020

Holger Schäfer: Betrieblicher Einsatz flexibler Erwerbsformen
iwkoeln.de/flexible_erwerbsformen

Feste Arbeitsplätze werden nicht durch flexible Jobformen ersetzt

Lesebeispiel: Von 2012 bis 2017 haben nur 6,6 Prozent der Betriebe in Deutschland die Zahl der Beschäftigten in flexiblen Erwerbsformen erhöht und zugleich die Zahl der unbefristeten Mitarbeiter reduziert. Dagegen haben 10,9 Prozent der Betriebe zusätzliche unbefristete Arbeitsplätze geschaffen und die Zahl der flexibel Beschäftigten verringert.

In so viel Prozent der Betriebe in Deutschland hat sich im Zeitraum von 2012 bis 2017 die Zahl der ... wie folgt entwickelt

		... unbefristet Beschäftigten		
		Gesunken	Gleich geblieben	Gestiegen
... befristet Beschäftigten, Zeitarbeitnehmer und Beschäftigten mit Werkvertrag	Gesunken	4,1	2,1	10,9
	Gleich geblieben	19,8	22,9	25,6
	Gestiegen	6,6	2,3	5,9

Digitalisierung hilft

Menschen mit Behinderung. Wegen der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt sorgen sich viele Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – um ihren Arbeitsplatz. Tatsächlich aber erleichtern die neuen Technologien den Arbeitsalltag von Menschen mit Behinderung und wirken sogar als Beschäftigungstreiber.

Im Jahr 2016 stellte die Bundesregierung in ihrem nationalen Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention fest, dass Menschen mit Behinderung in der Diskussion um die Digitalisierung der Arbeitswelt nur eine geringe Rolle spielen. Seitdem wurden zwar vereinzelte Studien und Modellprojekte zu diesem Thema initiiert, doch die Frage, inwieweit die Digitalisie-

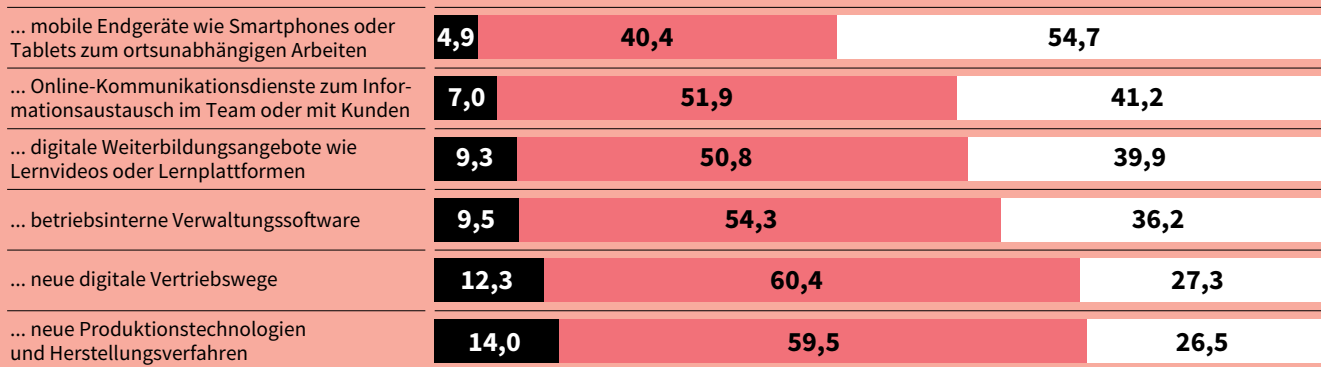
rung das Arbeitsleben von Menschen mit Behinderung bereits verändert hat oder noch verändern wird, blieb unbeantwortet.

Das IW wollte deshalb in einer Online-Befragung im Juni/Juli 2019 von gut 1.200 Unternehmen wissen, welche Erfahrungen sie auf diesem Gebiet gemacht haben und wie sie die weitere Entwicklung einschätzen. Die wichtigsten Ergebnisse:

Die Ausgangssituation. Gut 55 Prozent aller Unternehmen haben in den vergangenen fünf Jahren mindestens einen Mitarbeiter mit Behinderung beschäftigt. Rund 88 Prozent der beschäftigten Schwerbehinderten arbeiten auf Fachkräfteniveau. Dennoch ist diese Gruppe – je nach Definition gibt es in Deutschland rund 1,1 bis 1,3 Millionen erwerbstätige Menschen mit

Menschen mit Behinderung: Digitalisierung erleichtert den Arbeitsalltag

So viel Prozent der Unternehmen, die derzeit oder in den vergangenen fünf Jahren Menschen mit Behinderung beschäftigen oder beschäftigt haben, sagen, der Arbeitsalltag werde durch ... ■ erschwert ■ weder noch ■ erleichtert

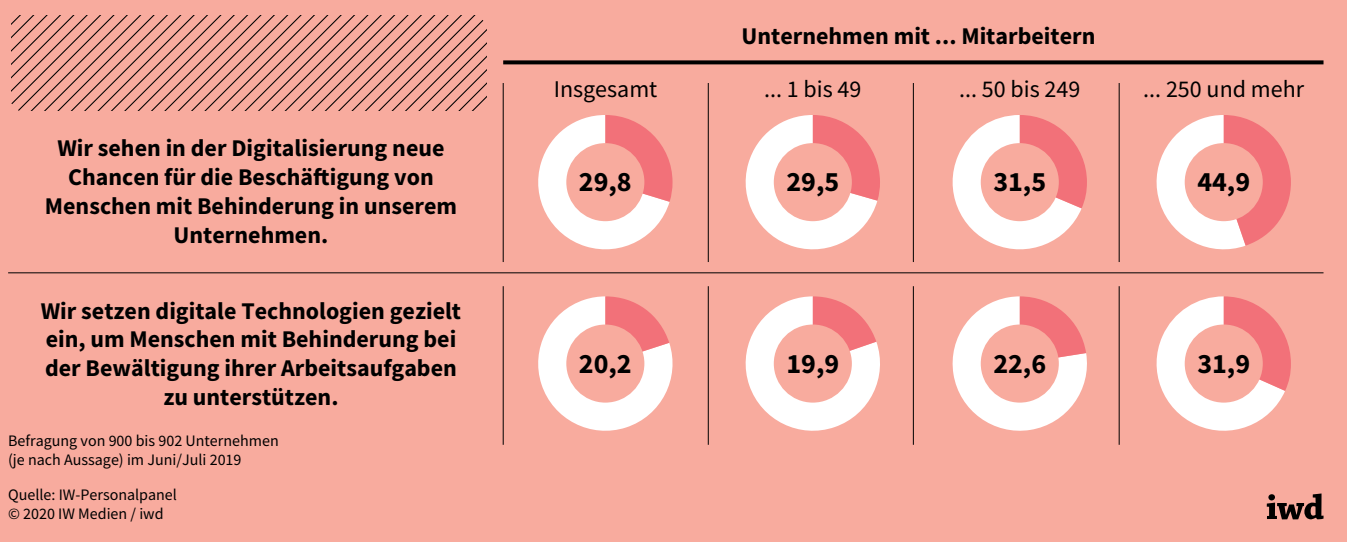


Befragung von 477 bis 624 Unternehmen (je nach Kategorie) im Juni/Juli 2019

Quelle: IW-Personalpanel
© 2020 IW Medien / iwd

Menschen mit Behinderung: Digitalisierung als Chance

So viel Prozent der Unternehmen, die derzeit oder in den vergangenen fünf Jahren Menschen mit Behinderung beschäftigen oder beschäftigt haben, sagen zu folgenden Aussagen „trifft zu“ oder „trifft eher zu“



Behinderung – häufiger und länger von Arbeitslosigkeit betroffen als Menschen ohne Behinderung.

Digitalisierung als Chance.

Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen wie einer Gehbehinderung oder chronischen Schmerzen haben es schwer, einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden.

Die Frage ist, ob die Digitalisierung der Arbeitswelt ihre Situation verbessern kann. Die Antworten jener Unternehmen, die derzeit Menschen mit Behinderung beschäftigen oder diese in den vergangenen fünf Jahren beschäftigt haben, stimmen optimistisch (Grafik):

Insgesamt sehen fast 30 Prozent der Unternehmen in der Digitalisierung neue Chancen für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung.

Dabei gilt die Regel: Je mehr Mitarbeiter ein Betrieb hat, desto häufiger beschäftigt er Menschen mit Behinderung. Allerdings ist dies nicht allein durch die Unternehmensgröße zu erklären. Eine große Rolle spielt

zum Beispiel auch, ob in den Unternehmen Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten – ist dies der Fall, beschäftigen diese Betriebe auch häufiger Menschen mit Behinderung.

Einen ähnlich positiven Zusammenhang gibt es mit der Ausbildungsaktivität. Eine Erklärung für dieses Muster ist wahrscheinlich, dass diese Unternehmen in der Personalpolitik bewusst auf Vielfalt setzen. So zeigt zum Beispiel eine Studie, dass jene Unternehmen, die Menschen mit Migrationshintergrund im Team haben, auch mehr Flüchtlinge beschäftigen.

Auffällig ist weiterhin, dass der Anteil an Mitarbeitern ohne Berufsausbildung nicht mit der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung korreliert. Mit anderen Worten: Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ist nicht gleichzusetzen mit der Beschäftigung von An- und Ungelernten.

Der Arbeitsalltag. Auch wenn so manchen die Sorge umtreibt, die

Digitalisierung könnte sie oder ihn überfordern – für Menschen mit Behinderung erweisen sich die neuen Technologien im betrieblichen Alltag als Segen (Grafik Seite 12):

Digitale Technologien bringen den Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben mehr Erleichterungen, als dass sie neue Barrieren aufbauen.

Smartphones oder Tablets zum Beispiel erlauben ortsunabhängiges Arbeiten – das ist gerade für Menschen mit Behinderung vorteilhaft, denn sie sind öfter in ihrer Mobilität eingeschränkt oder müssen regelmäßig medizinische Termine wahrnehmen und deshalb in der Nähe ihres Wohnorts bleiben. Ähnliche Vorteile bringen Online-Kommunikationsdienste beim Informationsaustausch mit Kollegen und Kunden.

IW-Report 8/2020

Christoph Metzler, Anika Jansen, Andrea Kurtenacker: Betriebliche Inklusion von Menschen mit Behinderung in Zeiten der Digitalisierung iwkoeln.de/inklusion

Für Azubis aus Drittstaaten wird es einfacher

Zuwanderung. Für ausländische Fachkräfte aus Drittstaaten hat Deutschland an Attraktivität gewonnen. In den vergangenen Jahren profitierten vor allem Akademiker und Hochqualifizierte von den Möglichkeiten der Fachkräftezuwanderung. Wenn Anfang März das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft tritt, soll es auch für Nicht-EU-Bürger mit Berufsausbildung einfacher werden, in Deutschland zu arbeiten.

Die Liberalisierungen der Zuwanderungsmöglichkeiten zeigen erste Erfolge: Seit der Einführung der Blauen Karte EU in Deutschland 2012 sind immer mehr Akademiker aus Nicht-EU-Staaten eingereist (Grafik Seite 15):

Im Jahr 2018 kamen rund 12.000 Menschen aus Drittstaaten mit einer Blauen Karte EU nach Deutschland – das waren fast 25 Prozent mehr als im Vorjahr.

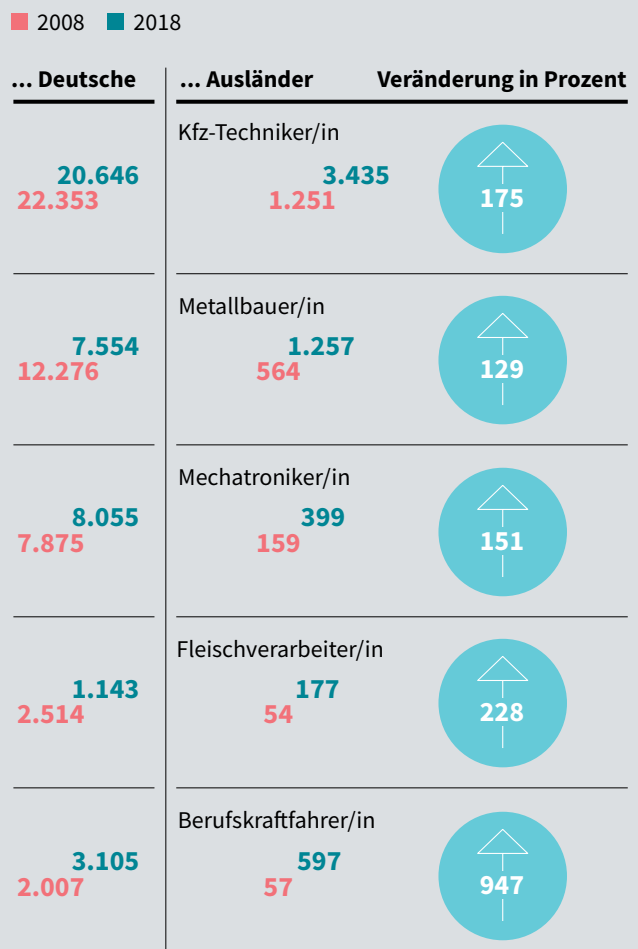
Laut Ausländerzentralregister lebten Ende Dezember 2018 annähernd 51.300 Personen mit einer Blauen Karte EU in Deutschland – 42 Prozent von ihnen arbeiteten in einem sogenannten Mangelberuf.

Maßgeblich für den Zuzug von Arbeitskräften aus Drittstaaten nach Deutschland sind bislang auf deutscher Seite der Bedarf der Wirtschaft und auf Bewerberseite die Qualifikation, das Alter, Sprachkenntnisse sowie die Nachweise für einen konkreten Arbeitsplatz und die Sicherung des Lebensunterhalts. Das neue Gesetz weicht von diesen Grundsätzen zwar nicht ab, erleichtert aber die Zuwanderung für Fachkräfte mit einer Berufsausbildung. Die Neuerungen im Einzelnen:

- Der Einstieg in den Arbeitsmarkt wird erleichtert: Kann eine qualifizierte Fachkraft aus einem Drittstaat ein verbindliches Jobangebot und eine in Deutschland anerkannte Berufsausbildung vorweisen, ist der Zugang zu allen Berufen möglich. Die bisherige Begrenzung auf Engpassberufe entfällt.
- Auf die Vorrangprüfung, die abklärt, ob Deutsche oder andere EU-Bürger für einen Arbeitsplatz zur Verfügung stehen, wird im Grundsatz verzichtet. Hintergrund ist, dass Fachkräfteengpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt weiter zunehmen: 79 Prozent aller Stellen, die Unternehmen bei der Bundesagentur für Arbeit im Jahr

Mangelberufe: Mehr ausländische Azubis

So viele ... schlossen einen neuen Ausbildungsvertrag in einem Beruf mit einem besonders starken Fachkräftemangel ab



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2020 IW Medien / iwd



2018 gemeldet haben, waren in Engpassberufen ausgeschlossen – die meisten davon für Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung.

- Die Einreise zur Arbeitsplatzsuche wird auch Fachkräften mit qualifizierter Berufsausbildung ermöglicht. Voraussetzung dafür sind Deutschkenntnisse auf dem Niveau B1 des Gemeinsamen Referenzrahmens für Sprachen und die Lebensunterhaltssicherung in Deutschland.

- Fachkräften, die einer qualifizierten Beschäftigung nachgehen, kann nach zwei Jahren Erwerbstätigkeit ein unbefristeter Aufenthalt ermöglicht werden, falls sie die Ausbildung in Deutschland absolviert haben. Wer einen ausländischen Berufsabschluss hat, kann die unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach vier Berufsjahren in Deutschland erhalten.
- Ausbildungsinteressierte aus Drittstaaten können zur Suche eines Ausbildungsplatzes nach Deutschland einreisen. Vorausgesetzt werden dabei Deutschkenntnisse auf dem Niveau B2, ein Abschluss einer deutschen Auslandsschule oder ein Schulabschluss, der zum Hochschulzugang berechtigt, ein Höchstalter von 25 Jahren und die eigenständige Lebensunterhaltssicherung.

Dies ermöglicht vor allem eine gezielte Anwerbung junger Menschen, die in Deutschland eine Berufsausbildung machen wollen. Denn eine andere Ursache für zunehmende Fachkräftengpässe ist, dass viele Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben. Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in handwerklichen Mangelberufen im Jahr 2018 zwar geringfügig gesunken, doch ohne die vielen neuen Auszubildenden ausländischer Herkunft wären noch weit weniger Verträge geschlossen worden (Grafik Seite 14). Die Zahl ausländischer Azubis hat sich seit 2008 von rund 5.500 auf mittlerweile 16.700 gut

verdreifacht. Die ausländischen Neu-Azubis aus dem Jahr 2018, die nicht aus der EU stammen, kommen überwiegend aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak. Dies lässt sich durch den starken Zuzug aus diesen Asylherkunftsländern seit 2015 erklären.

Und was bedeutet all dies für die Unternehmen?

Für Arbeitgeber, die ausbilden, vergrößert sich durch das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Pool an potenziellen Mitarbeitern.

Unternehmen können außerdem ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren bei der zuständigen Ausländerbehörde in Deutschland einleiten, das die Dauer bis zur Erteilung des Visums deutlich verkürzen wird. Allerdings werden Betrieben auch Pflichten auferlegt. Wird das Beschäftigungsverhältnis vorzeitig beendet, muss der Arbeitgeber dies der zuständigen Ausländerbehörde mitteilen – und zwar innerhalb von vier Wochen.

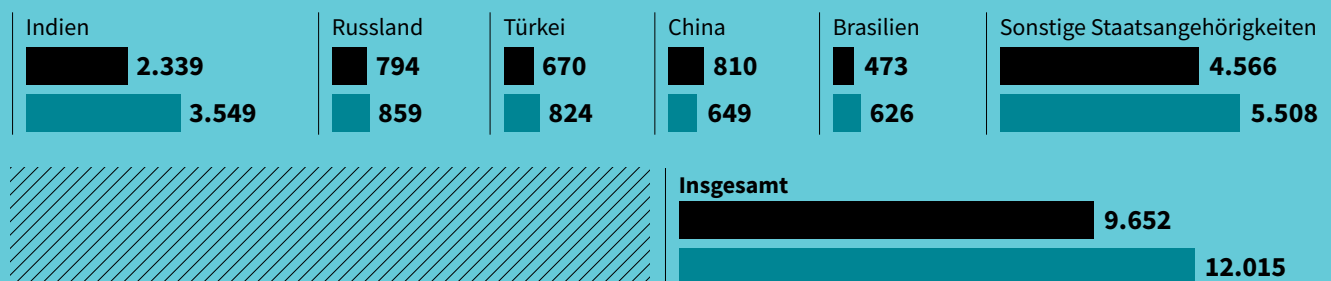
Ob das neue Gesetz wirklich dazu beiträgt, dass aus Drittstaaten jährlich 25.000 zusätzliche Fachkräfte und Azubis den Weg nach Deutschland finden – so das Ziel der Bundesregierung –, muss sich in der Praxis zeigen. Denn das neue Gesetz sieht keine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland vor. Dabei sind diese Verfahren sowohl für zuwandernde Fachkräfte als auch für Arbeitgeber komplex und teuer.

Mehr Zuwanderung von Fachkräften

So viele Menschen aus Drittstaaten erhielten in Deutschland die Blaue Karte EU, die ihnen den Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit erlaubt



■ 2017 ■ 2018



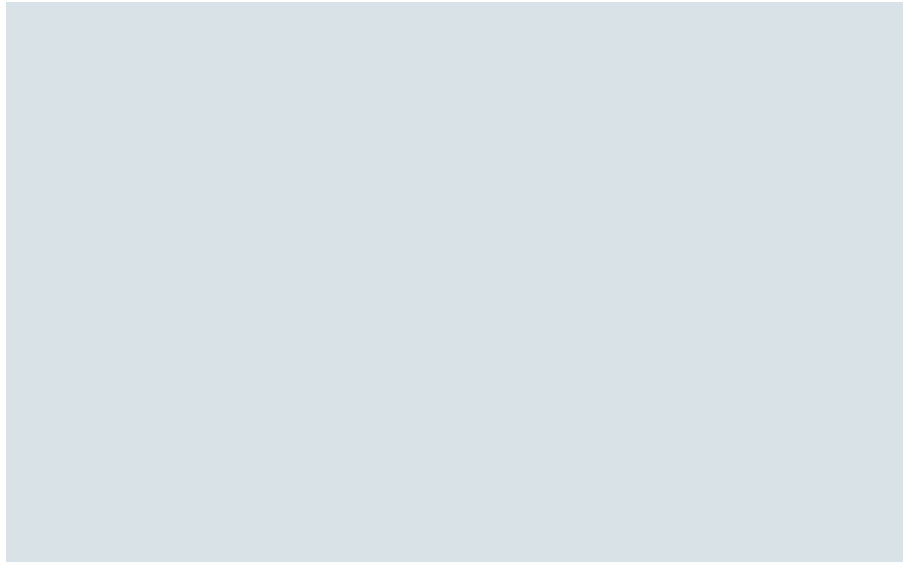
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. • **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff • **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther • **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland • **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) • **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber • **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper • **Grafik:** IW Medien GmbH • **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de • **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig • **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de • **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln • **Telefon:** 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445 • **Druck:** Henke GmbH, Brühl • **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de • Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Top-Liste: Riesenschiffe in Riesenhäfen

Die zehn größten Containerhäfen der Welt liegen in Asien, Hamburg erreicht im Weltranking Platz 19. Im Jahr 2018 wurden in der Hansestadt 8,7 Millionen Twenty-foot Equivalent Units (TEU) umgeschlagen, 2019 sogar 9,3 Millionen. Weil der Hamburger Hafen 110 Kilometer von der offenen See entfernt ist, muss die Fahrrinne für die immer größeren Containerschiffe laufend verbreitert und vertieft werden. Seit Kurzem können auf dem bis zur Hamburger Landesgrenze ausgebauten Abschnitt der Elbe Schiffe mit einer addierten Breite von 98 statt 90 Metern aneinander vorbeifahren. Im Mai kommt ein besonders riesiges Schiff in den Hamburger Hafen: die südkoreanische HMM Algeciras mit einer Kapazität von 24.000 TEU.

Die größten Containerhäfen der Welt

Umschlag in 1.000 TEU im Jahr 2018

1. Schanghai (China)	42.010
2. Singapur (Singapur)	36.600
3. Ningbo-Zhoushan (China)	26.000
4. Shenzhen (China)	25.730
5. Guangzhou (China)	21.920
6. Busan (Südkorea)	21.592
7. Hongkong (China)	19.641
8. Qingdao (China)	19.300
9. Tianjin (China)	16.000
10. Dubai (Vereinigte Arabische Emirate)	14.954
...	
19. Hamburg (Deutschland)	8.726

TEU: Twenty-foot Equivalent Unit, Standardeinheit zur Zählung verschiedener Containergrößen

Quelle: Lloyd's List
© 2020 IW Medien / iwd



Zahl der Woche



246.700 Studenten

waren im Wintersemester 2018/2019 an privaten Hochschulen immatrikuliert, mehr als zehnmal so viele wie 2000/2001. Knapp neun von zehn Privathochschulern waren 2018/2019 an einer Fachhochschule eingeschrieben. Im Vergleich zu den staatlichen Unis lehren diese besonders praxisnah, da sich ihr Angebot oft an Berufserfahrene richtet. Somit sind Lernwillige an privaten Instituten mit im Schnitt 24,6 Jahren etwas älter als ihre Kollegen an öffentlichen Hochschulen. Auch bei den Studienfächern gibt es eine klare Tendenz: Gut zwei Drittel der Studenten an Privat-Unis waren zuletzt in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingeschrieben.

Neu

Neu auf iwd.de:



Chinas Kauflaune lässt nach

Die Volksrepublik China will Technologieführer werden und sorgt mit Firmenübernahmen hierzulande für Unbehagen. Dabei spielt Deutschland als Zielland chinesischer Investitionen im internationalen Vergleich keine besonders große Rolle. Warum die chinesischen Einkaufsaktivitäten zuletzt sogar rückläufig waren, lesen Sie auf iwd.de.